

SP mit neuen Köpfen in der Leitung

Die SP Graubünden hat an ihrem Parteitag im Kongresszentrum Davos am Samstag verschiedene Personen neu in ihre Parteigremien gewählt. Grossrätin Franziska Preisig aus Samedan, Giuseppe Falbo aus Chur/Valposchiavo und Joshua Verhoeven aus Davos nehmen gemäss einer Medienmitteilung neu in der Geschäftsleitung Platz. In den Parteivorstand aufgenommen werden Uolf Candrian aus Sagogn, Rosalina Müller aus Felsberg, Andrin Ehrler aus Chur, Rita Schmid aus Vals sowie Seraina Schutz aus Filisur. Rund hundert Mitglieder, darunter Nationalrätin Sandra Locher Benguerel und Nationalrat Jon Pult, waren laut Mitteilung am Parteitag zugegen. Regierungsrat Peter Peyer grüsste die Anwesenden aus der Corona-Isolation per Videoanruf. Auf dem Programm stand neben statutarischen Geschäften die Verabschiedung der Wahlplattform. Diese stellt zwölf Forderungen für Klima und Fortschritt auf. Die Wahlplattform findet sich unter www.wahlengraubuenden.ch. Während des gesamten Parteitags wurde mehrfach die Solidarität mit der Ukraine und den Opfern des Krieges bekundet. (red)

GRATULATION

Neun Jubilare bei Somedia

Bei Somedia in Chur können in diesem Monat neun Mitarbeitende ein spezielles Dienstjubiläum feiern. **Margrit Engi** und **Daniel Fischli** gehören bereits seit 15 Jahren zum Team. Schon auf fünf Jahre zurückblicken können ausserdem **Danja Klingl**, **Corinne Raguth Tschärner**, **Ruth Spitzenpfeil**, **Simone Pauli**, **Roger Wolf**, **Pierre Recklies** und **Olivia Limacher**. Die Verlegerfamilie, die Geschäftsleitung und auch die ganze Belegschaft gratulieren herzlich.

20 Jahre bei der Stadt Chur

Bei der Stadt Chur kann **Mirjam Wenzin** diesen Monat auf ihr 20-Jahre-Dienstjubiläum anstossen. Die Stadt Chur dankt der langjährigen Mitarbeiterin für ihr grosses Engagement und gratuliert herzlich.

Angebotsaufwertung, von der auch Enten etwas haben

Die Attraktivitätssteigerungen am Davosersee können realisiert werden. Der Zwist mit Umweltorganisationen ist beigelegt.

von Béla Zier

Mit seinem Rundweg und den Wassersportmöglichkeiten ist der Davosersee ein beliebtes Naherholungsgebiet. Der Davoser Grosse Landrat war sich 2019 darüber einig, dass man die Attraktivität insbesondere im Sommer mit einigen Angebotsverbesserungen erhöhen könnte, und genehmigte für 1,85 Millionen Franken ein Massnahmenpaket. Das Gesamtprojekt mit dem Konzepttitel «Rund um den Davosersee» beinhaltet unter anderem einen Badebereich mit Insel, eine Aussichtsplattform, den Neubau eines Spielplatzes, die Sanierung eines Holzstegs sowie die Erneuerung der bestehenden Kneipp-Anlage. Für 2020 waren erste Umsetzungsarbeiten vorgesehen, doch dazu kam es aufgrund Einwänden von Bündner Umweltorganisationen nicht.

WWF und Pro Natura Graubünden hatten damals von der Gemeinde Davos ein Schutz- und Nutzungskonzept für den Davosersee eingefordert. Im vergangenen Jahr konnte eine Einigung erzielt werden, die sich aber vorerst nur auf die für 2021 geplante Realisierung von drei Teilprojekten bezog. Bei den nächsten Etappen «müssen wir dann schauen, wie wir damit verfahren, darüber wurde noch nicht diskutiert», hatte der verantwortliche Davoser Hochbauamtsvorsteher Simi Valär damals erklärt. Unterdessen konnten offenbar alle Unstimmigkeiten aus dem Weg geräumt werden.

Neuer Badebereich

Für die Aussichtsplattform sowie die Neuerstellung von Schwimmstegen mit dem Titel Seehorn-Badi liegen aktuell die dafür erforderlichen Baugesuche für Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzonen (BAB) öffentlich auf. Beide Projekte sollen an der Ostseite des Sees realisiert werden. Die geplante Seehorn-Badi liegt in Nähe zum bestehenden Strandbad, sodass dessen Infrastruktur genutzt werden kann. Der neue Badebereich umfasst eine Fläche von mehreren Hundert Quadratmetern und ist von schwimmenden Stegen eingefasst. Gemäss BAB-Gesuch sollen dafür 600 000 Franken investiert werden. Die in



Wichtiges Naherholungsgebiet: Die Gemeinde plant am Davosersee einige Massnahmen zur Angebotsverbesserung im Sommer. Bild Davos Destinations-Organisation

«Wir können alles wie geplant umsetzen.»

Simi Valär
Hochbauamtsvorsteher Davos

Holzbauweise geplante Aussichtsplattform soll bei einem bestehenden Aussichtspunkt entstehen, Kostenpunkt 100 000 Franken.

Man habe alle Projekte zusammen mit WWF und Pro Natura angeschaut, eine «grundsätzliche Einigung gefunden» und könne alles wie geplant umsetzen, sagte Valär am Montag auf Anfrage. Belegt wird das auch durch ein gemeinsames Schreiben beider Umweltorganisationen, welches den BAB-Gesuchen beiliegt. Darin heisst es, dass man «die Badi in vorliegender Form als eher geringe zusätzliche Belastung der Natur einschätze». Zur selben Wertung gelangen die zwei Organisationen bezüglich der Aussichtsplattform, auch wenn sich über deren Notwendigkeit an besagter Stelle «streiten liesse».

Ökologische Massnahmen

Der Bau des Spielplatzes am See konnte 2021 laut Valär wegen Lieferverzögerungen beim Material nicht stattfinden und soll nun 2022 umgesetzt wer-

den. Die Arbeiten zur Aussichtsplattform könnten nach Vorliegen der BAB-Bewilligung sofort beginnen, zur Seehorn-Badi sei noch die Genehmigung eines generellen Erschliessungsplans durch das Davoser Parlament nötig, «wir hoffen, dieses Jahr bauen zu können», so Valär.

«Uns ist es wichtig, dass auch die Natur von den Massnahmen zur Attraktivitätssteigerung des Davosersees profitiert», halten Pro Natura und WWF Graubünden in ihrem Schreiben fest. Ihnen sei versichert worden, dass die Massnahmen zur Steigerung der Naturwerte und ökologische Optimierungsmassnahmen «ein fest eingeplanter Bestandteil des Konzepts «Rund um den Davosersee» sind».

Bestandteil sei auch eine «No-go-Zone» für Wassersport, damit zum Beispiel Enten auf dem als Ersatzmassnahme geplanten schwimmenden Floss einen ungestörten Rastplatz hätten. Laut Valär betrifft diese Zone einen ostseitigen Uferbereich des Davosersees.

Schützenhilfe fürs Mädchenparlament

Eine Forderung des Mädchenparlaments nach besserer Aufklärung kommt in den Grossen Rat.

von Gion-Mattias Durband

Mit der Petition «Aufklärung 2.0» hatte das Mädchenparlament im November eine obligatorische Aufklärung ab dem Kindergarten gefordert, die «alle Aspekte von Gender und sexueller Orientierung umfassen». Anliegen, die Grossrat Ursin Widmer (Mitte) im Dezember in einen Auftrag aufgenommen hat.

Darin forderte er etwa, das Thema Sexual- und Aufklärungsunterricht ab der ersten Primarklasse zu «forcieren», entsprechende Thementage unter Einbezug von externen Fachstellen, eine jährliche Weiterbildung der Lehrkräfte zum Thema und die Prüfung einer allfälligen Aufklärung bereits im Kindergarten.

Wieso ein Auftrag zu Forderungen, wie sie bereits die Petition des Mädchenparlaments aufstellt? «Es geht um ein gerade heute extrem wichtiges Thema», sagt Ursin Widmer. Erst kürzlich habe er einen Fernsehbeitrag von SRF über «Therapieangebote» zur Umpolung von Homosexuellen gesehen, wie sie in freikirchlichen Kreisen angeboten würden. «Wenn man so etwas in der Schweiz des 21. Jahrhunderts sieht, verschlägt es einem schlicht die Sprache.»

Obwohl politisch viele Fortschritte erreicht worden seien – etwa die Annahme der Initiative «Ehe für alle» im Sommer letzten Jahres – bestehe immer noch grosser Bedarf nach gesellschaftlicher Auseinandersetzung, wenn es um die Akzeptanz von Homo-

sexualität als etwas Normales gehe, sagt Widmer. «Und diese Auseinandersetzung fängt schon in der Schule an». Ein weiterer Grund: Es sei schon vorgekommen, dass es Jahre dauere, bis solche Petitionen beantwortet werden, so Widmer. «Hier wollten wir etwas zusätzlichen Druck machen.»

In ihrer am Mittwoch publizierten Antwort auf den Auftrag Widmer schreibt die Regierung, dass gemäss aktuellem Lehrplan 21 das Thema «Identität, Körper, Gesundheit – sich kennen und sich Sorge tragen» bereits ab Kindergartenstufe behandelt werde. Wünsche zu Anpassungen im Lehrplan würden auf interkantonalen Ebene eingebracht. Zudem verweist die Regierung darauf, dass die Petition gemäss Beschluss der Präsidentenkon-

ferenz im Grossen Rat behandelt werde, und schlägt eine Anpassung des Auftrags vor.

Was hält Widmer davon? «Für den Moment: nicht schlecht», sagt Widmer. Generell bevorzuge es die Regierung, mit Förderangeboten zu arbeiten, statt «Schulträgerinnen zu verpflichten», stellt er fest. Er vermutet, dass die Regierung noch abwartet, wie die Petition des Mädchenparlaments in der zuständigen Kommission behandelt wird.

Ob sein Auftrag gemäss Regierungswunsch angepasst oder im ursprünglichen Wortlaut in den Grossen Rat kommt, müsse er noch mit den Mitunterzeichnerinnen besprechen. Geplant ist die Behandlung in der Aprilsession.

INSERAT

WENN FLEISCH, DANN GUTES!

Aus Graubünden
Aus wesensgerechter Tierhaltung
Ohne künstliche Zusätze
Proteinreich und fettarm

alпахirt.ch